RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION/AUSGABE NR. 199 07/2024



spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



Die Expert:innen und Podiumsgäste der Veranstaltung v.l.n.r.:

Moderator Eric Treske, Sophie May, SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Kayser, Yvonne Coulin, Dr. Markus Zanner, Andrea Gerlach-Newman, Jaana Hampel

instagram.com/spdnuernberg

Nürnberg bewegt uns – Ideen und Perspektiven für den "Kaufhof"

Große Aufbruchsstimmung für die Zukunft der neuen Stadtmitte

Am Ende der Veranstaltung sahen alle das "Kaufhofareal" mit anderen Augen: das Gebäude ist auf einmal kein trister, grauer Klotz mehr. Eine städtische Investition an diese Stelle zu setzen, ist der langfristige Motor für die Zukunft der Innenstadt. Diesen Auftrag zur Entwicklung und Prüfung haben wir im Februar 2024 beantragt. Es wurden Blicke geöffnet und Perspektiven verbunden. Jetzt stand da plötzlich eine großer, offener Raum im Herzen der Stadt, der Platz für Kreativität, Wissenschaft, Genuss, für Bildung und Erholung bietet.

Dazu beigetragen haben auf einem Rundgang mit anschließender Ideensammlung die eingeladenen Expert:innen:

Kanzlerin der Ohm-Hochschule Nürnberg

Andrea Gerlach-Newman,

Dr. Markus Zanner, Kanzler der Technischen Universität Nürnberg, UTN Jaana Hampel, ver.di Gewerkschaftssekretärin Handel, Bezirk Mittelfranken

Yvonne Coulin, Geschäftsführerin der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg "Nürnberg hat die einmalige Chance, etwas individuell für Nürnberg passendes zu entwickeln," so Sophie May, Projektleiterin für Stadtentwicklung der Stadtmanufaktur GmbH in Hamburg. Sie gab ein Impulsreferat zur Ideenfindung für die über 50 Teilnehmenden.

Gemeinsam mit den Expert:innen haben diese ein neues Bild skizziert für das leerstehende Kaufhof-Gebäude, den angrenzenden ehemaligen "City-Point" und die Königstrasse. Wirtschaftliche und andere Nutzungen >>

Liebe Leserinnen und Leser der Rathausdepesche,



dem Reihentitel "Nürnberg bewegt uns" sind wir in den Stadtteilen unterwegs und sammeln gemeinsam mit den Bürger:innen Ideen für die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes. In dieser Ausgabe finden Sie einen Beitrag zur Auftaktveranstaltung. Im Rahmen von "Wie schaut's aus?" gehen wir die großen Fragen an.

Nach der kommunalen Wärmeplanung und

der Stadt-Umland-Bahn widmen wir uns dem Thema "Ganztag. Rechtsanspruch ab 2026 – lässt uns der Freistaat im Regen stehen?". Der Freistaat hat beim kooperativen Ganztag an mehreren Nürnberger Schulen die Fördermittel gekappt. Auch hinsichtlich des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 gibt es Unklarheiten bei der Finanzierung.

Hier liegt für uns der Unterschied zwischen Bürgernähe und Populismus. Keine Prestigeprojekte, die futuristisch klingen oder für einen Sommer blühende Landschaften versprechen - sondern das, was die Menschen wirklich wollen und brauchen.

Wir haben das große Ganze im Blick, die Großprojekte Stadt-Umland-Bahn, Stadion, Opernhaus und Frankenschnellweg werden wir mit den entsprechenden Förderzusagen vom Freistaat Bayern gerne weiterverfolgen.

Wir setzen in Nürnberg neben den Großprojekten mit überregionaler Bedeutung ganz klare Prioritäten – und zwar auf Kinderbetreuung, auf dringend benötigte Investitionen in die Bildung und auf die Mobilitätswende in der Stadt. Das erwarten die Menschen in Nürnberg von uns und das packen wir an - mit Ihnen gemeinsam!



Stv. Fraktionsvorsitzende





zusammen zu denken muss das Ziel bei der Neukonzeption des Kaufhofs sein.

Ein möglicher Baustein für die Nutzung sind die Nürnberger Hochschulen. Das Kaufhofgebäude bietet die Chance, ein Schaufenster für die Wissenschaft und ein Tor in die Innenstadt für die Hochschulen zu werden. Ein Ort, an dem Schüler:innen und andere Interessierte mit der Forschung in Berührung kommen, Zurückhaltung abbauen und sich in einem "Making Room" ausprobieren können. Auch ein Campus für Weiterbildung und Kurse bis zur Kinder-Uni könnten entstehen. Wir müssen offen und modular denken, wir wissen nicht was die Zukunft braucht, so der Tenor der Wissenschaftler:innen.

Jaana Hampel, die als ver.di Gewerkschaftssekretärin Handel im Bezirk Mittelfranken die Kaufhof-Beschäftigten im Kampf um ihre Arbeitsplätze begleitet hatte, wünscht sich eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt – auch für die Menschen, die dort arbeiten. Toll wäre ihrer Meinung nach ein Ort, an dem sich Beschäftigte zurückziehen und ruhige Minuten erleben können.

Ihre Empfehlung ist, bei der Gestaltung der Innenstadt von den Menschen her zudenken, die hohe Hürden überwinden müssen, um dort hin zu kommen: von Familien mit Kindern, von Senior:innen und Menschen mit Behinderung. Wenn sich die verschiedensten Gruppen aus der Stadtgesellschaft

wohlfühlen, dann profitieren der Handel und die Stadt.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat bereits im Februar 2024 den Antrag zur Prüfung der Entwicklungsmöglichkeiten und des Erwerbs des Kaufhofs durch die Stadt Nürnberg gestellt. Eine städtische Investition an dieser Stelle ist der langfristige Motor für die Zukunft der Innenstadt.

Kongress- und Tagungsgäste hängen mittlerweile gerne noch ein paar Tage an den beruflichen Teil an und machen einen Kurzurlaub am Tagungsort. Sie freuen sich, wenn sich das Tagungszentrum unmittelbar in das städtische Leben einfügt. Diesen Trend brachte Yvonne Coulin, Geschäftsführerin der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg ein. Die gute Nachricht: die Gäste - und zwar unerheblich, ob sie aus beruflichen Gründen oder als Städtereisende nach Nürnberg kommen - schätzen Nürnberg für seine Atmosphäre, finden unsere Stadt einladend und fühlen sich wohl! Für die Zukunft müssen wir Lösungen für die heißeren Tage finden - beispielsweise durch mehr Grünflächen und Plätze zum Ausruhen in konsumfreien Räumen.

Beim Abschluss im Künstlerhaus wurden die Ideen und Impulse der Tourteilnehmer:innen aufgenommen. In vielen Beiträgen wurden mehrere Nutzungsmöglichkeiten miteinander verknüpft und die Expert:innen haben festgestellt, dass die Ideen der Bürger:innen mit Ihren eigenen gut zusammenpassen und sich bestens ergänzen. Es entstand das Bild des Aufbruchs hin zu einer neuen Mitte der Stadt. Dazu ein Zitat aus den Ideensammlung: "Keine Monostruktur, eine gemischte urbane Nutzung (Multicodierung) z.B. Wissenschaft, Bildung, Gastronomie, gemeinwohlorientiert."

"Es sind die Menschen, die das Leben in unsere Innenstadt bringen. Daher muss Sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden." Dieses Fazit zog Christine Kayser, Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion am Ende des Abends. "Wir haben jetzt viele spannende Ideen für eine "Sowohl als auch" - Nutzung erhalten. Der nächste Schritt ist zu prüfen, was gemeinsam entwickelt werden kann. Der Freistaat stellt rund 200 Millionen an finanziellen Mitteln zur Stadtentwicklung in Bayern bereit. Die Entscheidungen und Konzepte müssen aber aus den Kommunen kommen, so steht es im Förderprogramm. Deshalb haben wir - die SPD-Stadtratsfraktion - im Februar 2024 eine Machbarkeitsstudie für mögliche Nutzungen des Kaufhofgebäudes und den danebenliegenden leeren City Point mit größerem Umgriff beantragt." so Kayser.

"Wir müssen die Innenstadt groß denken, allein mit Einzelhandel werden wir das Zent-

rum nicht beleben können."
Das war der Auftakt zu
unserer neuen Veranstaltungsreihe "Nürnberg bewegt uns – unterwegs mit der SPD".



Christine Kayse

Impressum

Herausgeber: SPD-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Verantwortlich: Christine Kayser Grafische Gestaltung: Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911-2312906

Fax: 0911 - 2313895

Antidiskriminierungsarbeit an Schulen stärken!

Schüler:innen haben das Recht auf einen angstfreien Raum

Alle Schüler:innen haben das Recht auf ein diskriminierungsfreies Umfeld. Doch leider sind Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung auch an Schulen keine Seltenheit. Dies ist nicht nur individuell verletzend für die betroffenen Schüler:innen, sondern hat auch negative Auswirkungen auf das gesamte Schulklima.

Uns als SPD-Stadtratsfraktion ist wichtig, an Schulen einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Diskriminierung angstfrei gemeldet werden kann – gerade im Hinblick auf die aktuelle

politische Lage ist das dringend notwendig. Erste gute Ansätze dahingehend existieren bereits, allerdings könnten diese durch eine bessere Vernetzung und Stärkung noch deutlich mehr Wirkung entfalten. In einem gemeinsam mit den Grünen und der ÖDP gestellten Antrag setzen wir uns daher für ein Maßnahmenpaket gegen Diskriminierung an Nürnberger Schulen ein. Neben einer Studie, die das Ausmaß und die Formen der Diskriminierung untersucht, sollen Antidiskriminierungsbeauftragte an allen städtischen Schulen eingerichtet werden.

Ziel ist die Etablierung eines Netzwerkes gegen Diskriminierung. Wir wollen aber auch den Freistaat Bayern in die Pflicht nehmen, denn auch an staatlichen Schulen sind bessere Strukturen gegen Diskriminierung drin-

gend erforderlich. Nicht zuletzt in der Lehrkräftefortbildung und beim Ausbau der Stellen zur Bekämpfung von Diskriminierung an Schulen besteht Handlungsbedarf.



Dr. Anja Prölß-Kammerer

Hauptmarkt bleibt Haupt-Markt!

Qualitätsoffensive 2.0 für den Markt statt Diskussion über Verlegung des Wochenmarkts vom Hauptmarkt

Der angedachte dauerhafte Umzug des Grünen Marktes weg vom Hauptmarkt ist vom Tisch.

Die Markthändler:innen und viele Menschen in der Altstadt waren gegen die Verlegungspläne aus dem Wirtschaftsreferat. In den letzten Jahren sind in einigen Stadtteilen Wochen- und Bauernmärkte neu einge-

Nürnberg ist Fußballstadt und braucht ein

modernes und länderspieltaugliches Stadi-

on. Damit ist der Stadionneubau ein sehr

wichtiges Großprojekt. Anstatt dauerhaft

in ein veraltetes Konzept zu investieren, soll

ein multifunktionales und modernes Stadi-

Der Stadtrat hat sich zum Vollumbau in der

großen Variante mit bis zu 50.000 Plätzen

Mit dem Beschluss sorgen wir für einen ech-

ten Interessensausgleich. Wir schaffen ei-

nerseits den Rahmen für ein neues, profitab-

les Stadion, das dem Anspruch für

Länderspiele genügt. Wir verhindern, dass

unser aktuell sanierungsbedürftiges Stadion

zu einem Fass ohne Boden für die Steuerzah-

ler wird. Gleichzeitig bekennen wir uns dazu,

ein Areal für den Breitensport, den Trend-

sport und den Jedermannsport zu gestalten.

Wir denken sogar an einen Biergarten für die

on entstehen.

richtet worden, um die Versorgung näher zu den Menschen zu bringen. Jetzt einen etablierten Marktstandort, noch dazu den größten und ältesten der Stadt, weg von den Menschen verlegen zu wollen, wäre unverständlich gewesen.

Stattdessen fordert die SPD-Fraktion eine Qualitätsoffensive 2.0 für den Grünen Markt am Hauptmarkt. Ein Antrag dazu ist gestellt. 2017/2018 wurde in einer Qualitätsoffensive 1.0 die Anordnung und die Gestaltung der Marktstände verbessert, der Markt erhielt eine "Mitte" mit Bürgerstühlen, in der man sich ohne Zwang etwas zu konsumieren niederlassen konnte - eine Neuerung, die sehr gut ankommt.

Seitdem hat sich im Einkaufsverhalten der Menschen erneut einiges geändert. Ein Trend geht dazu, bewusst regionale und saisonale Nahrungsmittel zu kaufen und das besondere Einkaufserlebnis zu suchen. Das kann ein lebendiger und vielfältiger Markt in besonderer Weise bedienen. Eine Idee ist, die konsumfreie Mitte zu erweitern und mit einem Kinderspielpunkt ausstatten, im Sin-

ne der familienfreundlichen Innenstadt. Gleichzeitig braucht es für die Verschattung mehr grün. Die Möglichkeiten, Bäume zu pflanzen, sind begrenzt. Das "Mobile Grüne Zimmer" könnte eine Alternative sein.

Eine Qualitätsoffensive 2.0 muss im engen Austausch mit den Marktkaufleuten, den Anwohner:innen und weiteren wichtigen Akteuren wie der Congress- und Tourismuszentrale geplant werden. Alleingänge werden nicht zum Erfolg führen.

Ein positives Zeichen sind die zahlreichen Vorschläge, die von den Marktkaufleuten selbst eingebracht wurden. Diese Vorschläge für mehr Vielfalt im Angebot und mehr Aufenthaltsqualität können eine gute Grundlage für den weiteren Prozess sein.





Christine Kayser

SPD fordert gesellschaftliche Verpflichtungen beim Stadion

Denkmalschutz, Gastronomie, Inklusion, Fanprojekt

Erfrischung nach dem Sport und als Treffpunkt für die Anwohnerinnen und Anwohner. Wenn Steuergelder fließen, dann muss die Gesellschaft als Ganzes profitieren!

Im Fußball ist viel Geld im Spiel. Da kann der Stadionbau nicht nur Aufgabe des Steuerzahlers sein. Die späteren Hauptnutzer des Stadions sollten daher auch einen relevanten Teil der Kosten tragen. Der Beitrag von uns Steuerzahlern sollte im Gleichklang mit dem Beitrag von privater Hand und 1 FCN laufen. Der wichtigste Baustein der Finanzierung ist und bleibt die erfolgreiche Bewirtschaftung des Stadions. Bisher werden die Erfolge der Stadion-Betriebs-GmbH leider durch den Substanzerhalt im Gebäude aufgefressen. Andere Nutzungen (z.B. für Büros oder Arztpraxen) an das Stadion anzudocken, kann eine spannende Variante zur Finanzierung jenseits vom Steuerzahler sein. Diese Mantelnutzung darf aber kein Selbstzweck sein, sondern soll einen Mehrwert bieten und idealerweise zur Finanzierung des Stadions beitragen. Im oder am Stadion sollte auch Platz gefunden werden für diejenigen, die den Sport groß machen: die Fans. Daher fordern wir, dass das Club-Museum, der Fanshop und Räume für die Fanszene bzw. das Fanprojekt auf dem Stadiongelände in die laufenden Planungen eingebunden werden.

Auch beim Denkmalschutz sehen wir eine gesellschaftliche Verantwortung. Diesen darf man nicht nur als nerviges, bürokratisches Hindernis abtun. Vielmehr geht es hier um den Erhalt unserer Identität als historische Fußballstadt. Die Fassade der Haupttribüne ist das letzte große bauliche Zeugnis der fast hundertjährigen Geschichte des Stadions und darf nicht einfach per Federstrich getilgt werden.

Für uns sind auch das "kleine Stadion" und die weiteren Angebote für Breiten- und Leistungssport jenseits vom Fußball ein sehr wichtiger Baustein. Diese Angebote sollen im Optimalfall im Stadionumfeld realisiert werden. Die öffentlich vorgetragenen Sorgen um Baumbestand, Umwelt und Planungsrecht nehmen wir besorgt zur Kenntnis. Daher fordern wir zuständigen Sportservice dazu auf, eine Planung vorzulegen, in der die Planungsziele mit den Umweltbelangen kompatibel sind. Falls das nicht möglich sein sollte, sind im weiteren

Verfahren für diese Sportanlagen weitere Stellen im Stadtgebiet oder auch in Kooperation mit Sportvereinen oder auch anderen Kommunen in der Metropolregion zu bewerten.



Verantwortung für Arbeitnehmer:inenn und Nachhaltigkeit ernst nehmen!

Die Stadt Nürnberg muss Vorbild sein bei der Vergabe von Aufträgen

Die Stadt Nürnberg trägt bei der Vergabe von Aufträgen eine große gesellschaftliche Verantwortung.

Für die Vergabe öffentliche Aufträge sollte daher neben der Wirtschaftlichkeit auch die Einhaltung von Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards eine elementare Rolle spielen. Insbesondere auch als Stadt der Menschenrechte sollte Nürnberg mit gutem Beispiel vorangehen. Leider ist der kommunale Handlungsspielraum dadurch eingegrenzt, dass Bayern als eines der letzten verbliebenen Bundesländer kein eigenes Tariftreue- und Vergabegesetz hat.

Der Stadt Nürnberg mangelt es so bisher an entsprechendem Handwerkszeug, Mindestkriterien aufzustellen und deren Einhaltung auch strikt zu überprüfen und einzufordern. Dennoch existieren auch ohne landesgesetzliche Vorlage Spielräume bei den Vergaben. Wir haben daher einen Antrag gestellt, die Vergaberichtlinien der Stadt Nürnberg

dementsprechend zu ergänzen, dass die bestehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Zusätzlich machen wir uns für ein Tariftreue- und Vergabegesetz auf Landesebene stark. Ministerpräsident Söder und sein Wirtschaftsminister haben in der Regierungserklärung im Juni angekündigt, dass bayerische Vergaberecht zu revolutionieren. Wir sind gespannt, welche Taten diesen Ankündigungen folgen.

Viele Aufträge werden an Unternehmen aus der Region vergeben und sichern so Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort. Dabei haben Tarifverträge nicht nur Vorteile für die Beschäftigten, sondern auch eine positive gesamtgesellschaftliche Wirkung. Dem Abstiegsprozess in Armut und mangelnde Teilhabe wird aktiv entgegengewirkt. Es werden höhere Beiträge für die Sozialversicherungen gezahlt und höhere Steuereinnahmen erzielt. Die Stadt Nürnberg solle anstreben, künftig bei jeder Ver-

gabe von Dienstleistungen die Anwendung von Tarifverträgen und die Tariftreue der ausführenden Unternehmen und beteiligter Nachunternehmen als Ausführungskriterium aufzunehmen.

Zusätzlich sollten weitere ökologische und soziale Kriterien wie beispielsweise Ressourcensparsamkeit, Müllvermeidung und Recycling, Schadstoffvermeidung oder Saisonalität sowie fairen Handel, und das Verbot von Kinderarbeit, die Beschäftigung von Auszubildenden, Langzeitarbeitslosen und Schwerbehinderten sowie die Mitbestimmung als Zuschlagskriterien berücksichtigt werden.

Gerhard Groh

SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Bund gibt Kommunen mehr Spielraum: neue Tempo-30-Strecken rasch prüfen!

Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundestags, dass Kommunen in Zukunft einfacher als bisher Tempo-30-Strecken ausweisen können. Wir vor Ort wissen am besten, wo wir mehr Sicherheit brauchen, zum Beispiel für Kinder oder Senior:innen. An der generellen Richtgeschwindigkeit von 50 km/h innerorts wollen wir festhalten. Jetzt ist es wichtig zu prüfen, an welchen Stellen die Anordnung von Tempo 30 dringend notwendig wäre und dann schnell die nächsten Schritte einzuleiten.

Doppelte Staatsbürgerschaft für eine moderne Gesellschaft

Am 27.06.24 trat das vom Bundestag beschlossene Gesetz zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft in Kraft. Das ist auch für Nürnberg eine sehr gute Entscheidung. Die Bundesregierung vollzieht mit der Mehrstaatlichkeit endlich einen lange überfälligen Paradigmenwechsel. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich als Deutsche, wollen aber den Bezug zu ihrem Herkunftsland, zu dem sie noch Bindung haben, nicht völlig abbrechen. Jetzt können sie Doppelstaatler:innen und Mehrstaatler:innen werden. Wir freuen uns, dass die Lebensleistung vieler Nürnberger Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte endlich anerkannt wird und sie damit auch die Chance erhalten, politisch mitzubestimmen und zu –gestalten. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist ein starkes Bekenntnis zu Deutschland.

Fortbestand der Kindertheater und freien Theater gesichert!

Im Kulturausschuss wurde der Beschluss gefasst, einen unterjährigen Zuschuss an die Kindertheater und freien Theater von insgesamt 190.000 Euro zu gewähren. Auslöser für die Notwendigkeit waren mehrere Faktoren. Eine Kombination aus Generationenwechsel, Corona-

pandemie und deren Folgen sowie dem im letzten Jahr in Kraft getretenen Vertrag für die Mindestvergütung der Kunstschaffende führte vielerorts zu ersten Schließungen und drohenden Insolvenzen der freien Theater. Es war uns als Politik und insbesondere der SPD-Stadtratsfraktion, die seit vielen Jahren die (Kinder)Theater eng begleitet, ein Herzensanliegen unsere Theaterlandschaft hier abzusichern. Mit dem Beschluss löschen wir den aktuellen Brand und sichern den Fortbestand der Kindertheater, die für uns eine sehr wichtige Säule der Kultur, aber auch der kulturellen und damit der Demokratiebildung sind.

